

Anfrage

der Abgeordneten Petra Wimmer, Genossinnen und Genossen
an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung

betreffend Ausbildungsinitiative Elementarpädagogik

Die Corona-Krise und ihre Folgen haben gezeigt, wie viel im Bereich der Kinderbetreuung und Elementarbildung in Österreich noch zu tun ist.

Eine leistbare, flächendeckende und ganztägige Kinderbildung ist nicht nur für Eltern mit Betreuungspflichten die Grundlage, um am Arbeitsmarkt teilzunehmen, sie bietet auch den Kindern pädagogisch wertvolle Bildung und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Gerade in einer Zeit wie dieser, in der viele Eltern mit Betreuungspflichten – vor allem Frauen – aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, ist es essenziell für wichtige Grundlagen für eine qualitativ hochwertige Elementarbildung zu sorgen.

Schon lange gibt es die Forderung von verschiedenen Seiten nach einem bundeseinheitlichen Rahmengesetz und einem weiteren Ausbau der elementarpädagogischen Einrichtungen in Österreich. Zuletzt wurde dies in einem Antrag der SPÖ „Vereinbarkeitsmilliarde für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen“ ([1045/A\(E\)](#)) erneut unterstrichen. Abgelehnt wurde dieser Antrag im Ausschuss für Familie und Jugend mit der Begründung, dass Geld nicht das Problem sei, sondern das fehlende Personal. Es werde an einer Ausbildungsinitiative gearbeitet. Dieser Punkt findet sich auch im Regierungsübereinkommen wieder: *„Um den raschen weiteren Ausbau von qualitativ hochwertigen Bildungsplätzen in elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen sicherzustellen und den Betreuungsschlüssel zu verbessern, startet die Bundesregierung eine Ausbildungsinitiative für Elementarpädagoginnen und -pädagogen, insbesondere in den berufsbegleitenden Kollegs für Elementarpädagogik.“*

Des Weiteren ist im Regierungsübereinkommen von einem Beirat für Elementarpädagogik zu lesen: *„Errichtung eines Beirates für Elementarpädagogik (Mitglieder dieses Beirats sind NGOs/ Expertinnen und Experten, Länder sowie Gemeinden) zur Förderung der österreichweiten Zusammenarbeit und um Vorschläge für einheitliche Qualitätsmindeststandards in der Elementarpädagogik zu erarbeiten. Die Bundesregierung strebt hierzu eine Bund-Länder-Vereinbarung ab 2022/23 an.“* Es wurden jedoch weder ExpertInnen der Arbeiterkammer noch der Gewerkschaften (zuständige Gewerkschaften: yunion, GPA und vida) zum Beirat eingeladen – genauso wenig wie die Expert*innen der anderen Sozialpartner. Die Beschäftigten in der Elementarpädagogik sind essenziell für die Schaffung von einheitlichen Qualitätsstandards. Sie arbeiten täglich mit den Kindern und auf ihre Expertise kann und soll nicht verzichtet werden.

Hinsichtlich der Ausbildungsinitiative und des Beirats für Elementarpädagogik ergeben sich mehrere Fragestellungen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

- 1) Wie viele Ausbildungsplätze sollen im Rahmen der Ausbildungsoffensive für Elementarpädagog*innen geschaffen werden?
 - a. Wie werden die Plätze aufgeschlüsselt nach Bundesländern?
- 2) Wann wird die Ausbildungsoffensive für Elementarpädagog*innen gestartet? Wie lange soll die Offensive dauern?
- 3) Wie wird die Ausbildungsoffensive für Elementarpädagog*innen beworben?
 - a. Welche Ausgaben sind für die Bewerbung der Ausbildungsoffensive geplant? Bitte um detaillierte Aufstellung der Kosten.
- 4) Der Bundesvoranschlag 2021 sieht bei den BAFEPS nur eine geringfügige Erhöhung der Mittel zur Abdeckung der Steigerung bei den laufenden Kosten vor.
 - a. Mit welchen Mitteln soll die Ausbildungsoffensive finanziert werden? Wo sind diese budgetiert?
 - b. Wenn die Offensive mehrere Jahre dauert: Wie kann die Finanzierung nach 2021 sichergestellt werden?
- 5) Gibt es bei dieser Ausbildung einen Unterschied zur jetzigen 5-jährigen Ausbildung an der BAfEP? Wenn ja, worin unterscheidet sie sich?
- 6) Im Regierungsprogramm wird von berufsbegleitenden Kollegs gesprochen.
 - a. Wie viele Ausbildungsplätze sind geplant?
 - b. Wie verteilen sich diese auf die Bundesländer?
 - c. Wann beginnen diese Ausbildungen?
 - d. In welcher Form findet die Ausbildung statt (z.B. Blockform, Fernlehre)?
 - e. Wo ist ein detaillierter Lehrplan einzusehen?
- 7) Ist geplant, auch für die Assistent*innen und unterstützenden Kräfte eine Ausbildungsoffensive zu starten? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja:

- a. Wird es für die Ausbildungsoffensive bundeseinheitliche Mindeststandards geben?
Wenn ja, wo werden diese festgelegt? Wenn nein, nach welchen Standards wird dann ausgebildet?
 - b. Wie viele Ausbildungsplätze sind geplant??
 - c. Wie verteilen sich diese auf die Bundesländer?
 - d. Wann beginnen diese Ausbildungen?
 - e. Wie werden diese Ausbildungen finanziert?
- 8) Ist eine Kooperation mit dem AMS geplant?
- a. Wenn ja, wie ist diese ausgestaltet?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 9) Wie ist der Beirat zusammengesetzt (Name + Funktion der Personen)? Wie sind Sie zu dieser Auswahl gekommen?
- a. Die Sozialpartner sind im Beirat derzeit nicht vertreten. Warum nicht?
- 10) Zu welchen konkreten Inhalten soll der Beirat Vorschläge erarbeiten?
- 11) Wie oft ist der Beirat bereits zusammengetreten? In welchem Rhythmus wird er sich in Zukunft treffen?
- 12) Bis wann sollen die Ergebnisse des Beirates vorliegen? Welche weiteren Schritte sind mit diesen Ergebnissen geplant?

Elisabeth Truchtipf
Felix Aumann

Prof. Dr. ...
...
...

